

Grünliberale Partei Stadt Zürich

Parolenspiegel 19.05.2019

| | |
|----------------|--|
| Thema | Parolen für die Abstimmungsvorlagen vom 19. Mai 2019 |
| Für Rückfragen | Beni Schwarzenbach, Kopräsident glp Stadt Zürich: +41 76 497 46 97 |
| Absender | Grünliberale Partei Stadt Zürich info.zurich@grunliberale.ch Website: www.zurich.grunliberale.ch |



Nationale Abstimmungsvorlagen:

- **Ja** zum Waffengesetz - Für den Erhalt von Schengen, und den Erhalt der Reisefreiheit
- **NEIN** zur Steuerreform und Nein zur AHV-Finanzierung (STAF)



Keine Kantonalen Vorlagen



Stadtzürcher Abstimmungsvorlagen:

- **Ja** zur kommunalen Wohnsiedlung Leutschenbach (Objektkredit von 213 Mio.)
- **Ja** zum Ersatzneubau der Wache Wasserschutzpolizei (Objektkredit von 21 Mio.)
- **Ja** zum Neubau Schulanlage Freilager mit Energiezentrale (Objektkredit von 63 Mio.)

Begründungen: siehe Anhang

Mit freundlichen Grüssen

Der Vorstand der Grünliberalen Partei der Stadt Zürich

Grünliberale Partei Zürich

JA zur kommunalen Wohnsiedlung Leutschenbach (Objektkredit von 213 Mio.)

Die städtischen Grünliberalen sagen JA zur kommunalen Wohnsiedlung Leutschenbach (Objektkredit von 213 Mio.), das den Bau von 349 Wohnungen vorsieht. Hinzu kommen neun Grosswohnungen und elf Wohnateliers.

Das Projekt ist ein Gewinn für die Quartierbevölkerung an diesem Hotspot im Kreis 11 und wird der sozialen Durchmischung gut tun. Die Grünliberalen stehen für den bewährten Mix zwischen gemeinnützigem Wohnungsbau und Projekten von institutionellen Immobilieninvestoren – und zwar nicht nur fokussiert auf Zürich-Nord und Zürich-West, wie dies der Entwurf des kommunalen Richtplans vorsieht, sondern in allen Stadtteilen.

Auch in Sachen Umwelt wird das Vorhaben ein Gewinn sein: Es sieht grosse, zusammenhängende Grünräume vor, eine vielfältige Bepflanzung, grosswurzlige Bäume sowie extensive Begrünungen auf den Dächern, was zu einer wesentlichen Verbesserung des Mikroklimas beitragen wird. Dies ist umso wichtiger, weil sich die Parzellen laut Klima-Analyse im mikroklimatischen «Roten Bereich» befinden. Weiter leistet die Wohnsiedlung einen Beitrag an die 2000-Watt-Gesellschaft, da die Gebäude nach Minergie-P-ECO erbaut werden.

JA zum Ersatzneubau der Wache Wasserschutzpolizei (Objektkredit von 21 Mio.)

Das Wachegebäude der Wasserschutzpolizei ist instandsetzungsbedürftig und soll daher durch einen Neubau ersetzt werden. Ausserdem soll im dreistöckigen Neubau, neben der 24-Stundenwache, auch das Kommissariat der Fachgruppe Umweltdelikte untergebracht werden.

Der Neubau soll im Minergie-ECO-Standard erstellt und mit einer Photovoltaik-Anlage ausgestattet werden, um die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft zu unterstützen. Die glp unterstützt das Ansinnen.

JA zum Neubau Schulanlage Freilager mit Energiezentrale (Objektkredit von 63 Mio.)

Im Gebiet Albisrieden sind die Schülerzahlen, nicht zuletzt wegen der Wohnbautätigkeit, stark gestiegen. Eine neue Schulanlage soll Raum für 15 Primar- und drei Klassen der Heilpädagogischen Schule schaffen. Auch soll ein Begegnungsort entstehen. Die Schulanlage wird im Minergie-ECO-Standard gebaut und dem Nahwärmeverbund angeschlossen. Aufgrund des unbestrittenen Bedarfs unterstützt die glp die Vorlage.

Grünliberale Partei Schweiz

Die Delegiertenversammlung der glp Schweiz hat die JA-Parole zur Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie im Schweizer Waffenrecht und die NEIN-Parole zum STAF (Steuerreform und AHV-Finanzierung) gefasst.

JA zum Waffengesetz - Für den Erhalt von Schengen, für den Erhalt der Reisefreiheit

Die EU hat zwischen 2012 und 2017 eine revidierte Waffenrichtlinie verabschiedet mit dem Ziel, die missbräuchliche Verwendung von Waffen, Munition und Waffenbestandteilen zu erschweren. Als Schengen-Mitglied übernimmt die Schweiz in der Regel Anpassungen zum Waffenrecht. Die Schweiz konnte bei der Erarbeitung der Richtlinie mitreden und etliche Verschärfungen verhindern. Sie konnte damit sicherstellen, dass das traditionelle Schweizer Schützenwesen uneingeschränkt fortbestehen kann.

Ein Nein zur Revision würde die bilaterale Zusammenarbeit mit EU-Staaten im Bereich Sicherheit und Asyl (Schengen/Dublin) aufs Spiel setzen. Der Wegfall hätte weitreichende Folgen für unser Land: Für die Sicherheit, den

Asylbereich, den Grenzverkehr und den Tourismus. Bei einem Nein würde die Arbeit von Polizei und Grenzschutz erschwert, weil sie den Zugriff auf Schengen-Informationssysteme verlieren könnten. Asylgesuche von Menschen, deren Gesuch in einem EU-Land schon abgelehnt wurde, müssten wieder selber neu geprüft werden. Ausserdem wäre für einen Besuch der Schweiz neben dem Schengen-Visum ein zweites Visum nötig, negative Auswirkungen auf den Tourismus haben könnte. Zusätzlich wird der Grenzverkehr für uns zu den Nachbarstaaten und an Flughäfen erschwert (Schweizer Grenze = Schengen-Aussengrenze).

Aufgrund dieser Überlegungen hat die glp die JA-Parole zur Übernahme der EU-Waffenrichtlinie gefasst.

Fauler Deal mit Unternehmensteuer und AHV

Dank massiver Steuersenkungen sollen (Gross-)Unternehmen CHF 1,4 Milliarden weniger Steuern zahlen und gleichzeitig sollen zwei Milliarden Franken mehr in die AHV fliessen. Nein: Es handelt sich nicht um einen Rechenfehler, sondern um den von FDP und SP gemeinsam ausgeheckte Deal. Wer diese über drei Milliarden Franken schlussendlich bezahlen soll, wird im Abstimmungsbüchlein nicht abschliessend erläutert. Zumindest was den AHV-Teil angeht, ist klar, dass dieser von der erwerbstätigen Bevölkerung in Form zusätzlicher Lohnnebenkosten eingezogen würde.

Die Unternehmenssteuerreform hat grundsätzlich nichts mit der Finanzierung der AHV zu tun. Trotzdem wird uns Stimmbürgern eine kombinierte Vorlage vorgelegt und damit die Einheit der Materie, ein Grundprinzip der Schweizer Politik, missachtet. Das wäre weder bei einem Verfassungsartikel noch bei einer kantonalen Vorlage erlaubt. Möglich wurde dies, weil die FDP die Unternehmenssteuerreform unbedingt durchbringen will und die SP mit einer AHV-Geldspritze köderte, ohne dass damit das Strukturproblem der AHV gelöst würde.

Die Grünliberalen sagen NEIN zu diesem faulen Deal, damit die junge Generation nicht noch mehr zu Gunsten der Rentner zur Kasse gebeten wird und eine echte Strukturreform bei der AHV angegangen werden kann.